

ZUSAMMENFASSUNG

WELTKOMMISSION FÜR  
**HIV und Recht**

RISIKO, RECHT UND GESUNDHEIT

JULI 2012

# DIE WELTKOMMISSION FÜR HIV UND RECHT

Die Weltkommission für HIV und Recht setzte sich aus vierzehn namhaften Persönlichkeiten zusammen, die sich in den Bereichen HIV, öffentliche Gesundheit, Recht und Entwicklung engagieren. Sie stand unter der Leitung des ehemaligen brasilianischen Staatspräsidenten Fernando Henrique Cardoso.

Ihre Fähigkeit, verschiedene Akteure und Initiativen an einen Tisch zu bringen, versetzte die Kommission in die Lage, sich mit zentralen Aspekten des Themenkreises HIV und Recht zu befassen, die für die weltweite Gesundheit und Entwicklung von weitreichender Bedeutung sind. Die Kommission plädierte für fakten- und menschenrechtsorientierte rechtliche Rahmenbedingungen, um eine effiziente und wirksame Bekämpfung von HIV zu ermöglichen.

Die Lebenserfahrung der Kommissionsmitglieder gestattete es in besonderem Maße, einen breiten Querschnitt der Gesellschaft anzusprechen – eine gute Voraussetzung, um komplexe Problemstellungen, die das Engagement zahlreicher Interessenvertreter aus verschiedenen Bereichen erfordern, anzugehen und auf Änderungen hinzuwirken.



Fernando Henrique Cardoso  
(Brazil)



Ana Helena Chacón-Echeverría  
(Costa-Rica)



Charles Chauvel  
(New Zealand)



Shereen El Feki  
(Egypt)



Bience Gawanas  
(Namibia)



Dame Carol Kidu  
(Papua New Guinea)



Michael Kirby  
(Australia)



Barbara Lee  
(United States)



Stephen Lewis  
(Canada)



Festus Gontebanye Mogae  
(Botswana)



JVR Prasada Rao  
(India)



Sylvia Tamale  
(Uganda)



Jon Ungphakorn  
(Thailand)



Miriam K. Were  
(Kenya)

## DER BERICHT DER KOMMISSION

„**HIV und Recht: Risiko, Recht und Gesundheit**“ ist die Leitpublikation der Kommission. Der im Juli 2012 veröffentlichte Bericht stellt Analysen aus den Bereichen öffentliche Gesundheit, Menschenrechte und Recht vor und enthält Empfehlungen für Gesetzgebung und Politik, für die Zivilgesellschaft sowie für Entwicklungspartner und Akteure aus dem Privatsektor, die sich für eine nachhaltige weltweite Antwort auf HIV einsetzen.

# VORWORT

Das Ende der weltweiten Aids-Epidemie ist in greifbare Nähe gerückt. Möglich wird dies aber nur sein, wenn wissenschaftliche Bemühungen und politische Maßnahmen mit spürbarem Engagement zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Beseitigung von Ungerechtigkeit einhergehen.

Gesetze verbieten oder erlauben bestimmte Verhaltensweisen und prägen damit die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft eines Landes. Sie können ein menschliches Gut sein, das einen wesentlichen Unterschied in unserem Leben ausmacht. Somit überrascht es nicht, dass Gesetze das Potenzial haben, die Kluft zwischen Verwundbarkeit durch und Widerstandsfähigkeit gegen HIV zu überbrücken.

Wir kamen als Gruppe von Einzelpersonen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Erfahrungen und aus verschiedenen Kontinenten zusammen, um uns mit der Frage zu befassen, welche Bedeutung Gesetze für eine wirksame Bekämpfung von HIV haben. Uns allen gemeinsam ist unser beständiger Einsatz für die öffentliche Gesundheit und für soziale Gerechtigkeit. Mit Demut haben wir hunderte von Schilderungen über die Auswirkungen HIV-bezogener Gesetze vernommen. Oftmals waren wir fassungslos, wie archaische, unsensible Rechtsvorschriften Menschenrechte verletzen, rationale gesundheitspolitische Entscheidungen in Frage stellen und die Struktur der Gesellschaft zersetzen. In anderen Fällen wiederum waren wir von dem Mut derer beeindruckt, die sich voller Überzeugung für den Schutz der Schwächsten in unseren Gesellschaften einsetzen.

Manch einer mag behaupten, dass Gesetze komplex und schwierig sein können und dass man sie am besten unangetastet lässt. Unsere Erfahrung im Rahmen der Arbeit dieser Kommission hat uns dagegen eine gänzlich andere Sichtweise vermittelt. Es hat uns ermutigt, zu beobachten, wie ein offener und konstruktiver Dialog über kontroverse Fragen bisweilen schnell den Weg zu einer schrittweisen Gesetzesreform, einem wirksamen Schutz der Rechtsordnung und einer konsequenteren Durchsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften ebnet. Selbst in einem Umfeld, in dem formelle Gesetzesänderungen einen langsamen und mühevollen Prozess darstellen, haben wir erlebt, wie Länder Maßnahmen ergreifen, um den Zugang zur Justiz zu verbessern und dem Problem der Stigmatisierung und der Diskriminierung zu begegnen.

In den vergangenen achtzehn Monaten haben wir viel zugehört und gelernt. Dabei hat mancher von uns festgestellt, wie sich seine Sichtweise und seine Meinung zu einer Reihe von komplexen Fragestellungen verändert. Bei unseren abschließenden Empfehlungen haben wir uns letztendlich von dem Mut und von der Menschlichkeit derer, die bereits an Aids gestorben sind, und der über vierunddreißig Millionen Menschen, die mit HIV leben, leiten lassen.

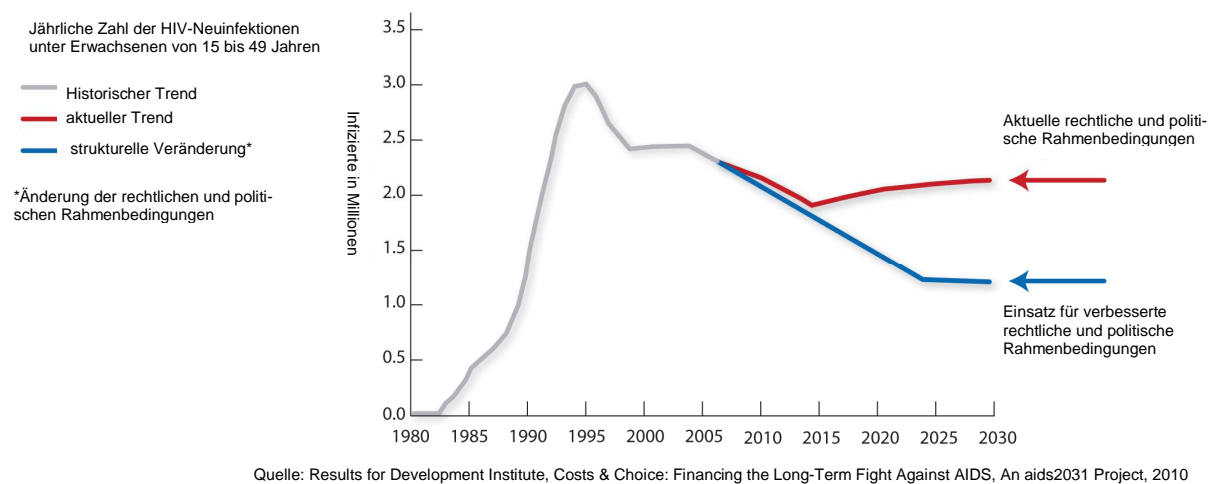
Dieser Bericht liefert überzeugende Fakten und Empfehlungen, die dazu beitragen können, Leben zu retten, Geld zu sparen und die Aids-Epidemie zu beenden. Die Empfehlungen appellieren an etwas, das alle Kulturen und Gesellschaften dieser Welt gemeinsam haben, nämlich an die naturgegebene Menschlichkeit, den Wert und die Würde, die allen Menschen innewohnen, anzuerkennen und zu respektieren. Der Bericht mag vielen unbequem sein – hoffentlich unbequem genug, um aktiv zu werden. Zweifellos werden unterschiedliche Länder schwerpunktmäßig jeweils unterschiedliche Empfehlungen berücksichtigen. Dabei muss jedes Land entsprechend seinen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen seinen eigenen Fahrplan für Reformen entwickeln. Nichtsdestoweniger sind wir zuversichtlich, dass alle Empfehlungen für alle Länder der Welt relevant sind, da die ursächlichen Faktoren der HIV-Epidemie überall auf der Welt anzutreffen sind. Es ist an der Zeit, diesen Empfehlungen Taten folgen zu lassen. Wir können nicht länger hinnehmen, dass Menschen aufgrund von Ungleichheit, Ignoranz, Intoleranz und Gleichgültigkeit leiden und sterben. Der Preis der Untätigkeit ist ganz einfach zu hoch.

**Fernando Henrique Cardoso**

*Vorsitzender der Weltkommission für HIV und Recht*

# ZUSAMMENFASSUNG

## Die Bedeutung von Rechtsvorschriften



In nur drei Jahrzehnten sind über 30 Millionen Menschen an Aids gestorben, weitere 34 Millionen haben sich mit HIV infiziert. Die weltweite HIV-Epidemie ist zu einer der größten Herausforderungen für das öffentliche Gesundheitswesen unserer Zeit geworden, doch sie ist gleichzeitig auch eine Krise des Rechts, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit. Die gute Nachricht ist, dass wir mittlerweile über das Know-how und die Mittel verfügen, um die Zahl der HIV-Neuinfektionen drastisch zu senken und die HIV-bedingten Todesfälle einzudämmen. Paradoxerweise stehen jedoch gleichzeitig mangelhafte Rechtsvorschriften und andere politische Hindernisse dem Erfolg im Weg.

34 Millionen Menschen leben derzeit mit HIV, 7.400 infizieren sich täglich neu und 1,8 Millionen sind allein im Jahr 2010 gestorben. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, d. h. die bestehenden Gesetze, die Bestimmungen zu deren Durchsetzung und die nationalen Justizsysteme, eröffnen eine Fülle von Möglichkeiten, um die Lebensbedingungen von HIV-positiven Menschen zu verbessern und das Ende der Krise herbeizuführen. Internationale Rechtsvorschriften und Verträge, die Chancengleichheit beim Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten und Diskriminierung einschließlich der Diskriminierung aufgrund des Gesundheits- oder Rechtsstatus verhindern sollen, bilden eine solide Grundlage, auf der nationale Gesetze aufbauen können.

In der Praxis bleiben die bestehenden Rechtssysteme jedoch weit hinter ihrem Potenzial zurück. Schlimmer noch, strafende Gesetze, dis-

kriminierende und brutale Polizeimaßnahmen und die Verweigerung des Zugangs zur Justiz für Menschen, die HIV-positiv sind oder ein HIV-Risiko aufweisen, treiben die Epidemie weiter voran. Derartige rechtliche Rahmenbedingungen schaffen und bestrafen Verwundbarkeit. Sie fördern riskante Verhaltensweisen, behindern die Inanspruchnahme von Präventions- und Behandlungsmaßnahmen und verschärfen die Stigmatisierung und die sozialen Ungleichheiten, die Menschen anfälliger für HIV-Infektionen und Erkrankungen machen. HIV-positive Menschen, seien es Eltern oder Ehepartner, Prostituierte oder Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Sexualpartner oder Sextäter, unterhalten enge Kontakte zu anderen Menschen, die von der lokalen bis zur globalen Ebene in immer weiteren Kreisen mit anderen Menschen in Kontakt kommen. Von öffentlicher Gesundheit zu nationalem Wohlstand, von gesellschaftlicher Solidarität zu Chancengleichheit und Gerechtigkeit – HIV betrifft jeden von uns. Die Vorbeugung und Behandlung von HIV, die Betreuung von HIV-Infizierten sowie der Schutz und die Förderung der Menschenrechte derer, die mit HIV leben, liegen in unserer aller Verantwortung.

### Die Weltkommission für HIV und Recht

widmete sich über einen Zeitraum von 18 Monaten umfangreichen Forschungen, Befragungen, Analysen und Beratungen. Als Informationsquellen dienten dabei Erfahrungsberichte von über 700 Personen aus 140 Ländern, die von HIV-relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen in besonderem Maße betroffen waren, sowie Expertenbeiträge und das umfangreiche vorhandene

ne Wissen zu den Themen HIV, Gesundheit und Recht.

Die Ergebnisse der Kommission geben Menschen, die mit HIV leben oder dem Risiko einer HIV-Infektion ausgesetzt sind, gleichzeitig Anlass zu Sorge und zu Hoffnung. Im Juni 2011 verpflichteten sich 192 Staaten, ihre bestehenden Gesetze zu überarbeiten und angemessene rechtliche und soziale Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effiziente und wirksame Bekämpfung von HIV unterstützen. Mit ihren Empfehlungen bietet die Kommission Regierungen und internationalen Einrichtungen Hilfestellung bei der Gestaltung von wissenschaftlich basierten, pragmatischen, humanen und gerechten Gesetzen und Rechtspraktiken. Darüber hinaus trägt sie unmittelbar den Bedürfnissen und Interessen der mit HIV lebenden Menschen, der Zivilgesellschaft und der von HIV betroffenen Bevölkerungsgruppen Rechnung. Die Empfehlungen berücksichtigen die Tatsache, dass zahlreiche Gesetze existieren, die über den Bereich der öffentlichen Gesundheit hinausgehende Zwecke wie die Aufrechterhaltung der Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder die Regulierung des Handels verfolgen. Ihr Hauptgewicht liegt jedoch auf der Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die international anerkannte Menschenrechte und Rechtsnormen schützen und fördern.

### Zentrale Erkenntnisse der Kommission

- 123 Staaten verfügen über Gesetze, die eine Diskriminierung aufgrund von HIV verbieten, und 112 Staaten bieten zumindest einigen Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres HIV-Risikos einen rechtlichen Schutz. Diese Gesetze werden jedoch oftmals ignoriert, unzulänglich durchgesetzt oder offen missachtet.
- In über 60 Staaten ist es strafbar, andere Menschen insbesondere auf sexuellem Wege dem Risiko einer HIV-Infektion auszusetzen oder sie mit HIV zu infizieren. In 24 Staaten wurden mindestens 600 Menschen aufgrund HIV-spezifischer oder allgemeiner Strafgesetze verurteilt, wobei diese Schätzungen aufgrund fehlender Angaben nur einen Teil der Fälle abdecken. Derartige Gesetze fördern in keiner Weise das Safer-Sex-Verhalten. Stattdessen schrecken Betroffene davor zurück, sich testen oder behandeln zu lassen, weil sie befürchten, wegen der Weitergabe von HIV an Sexualpartner oder an Kinder strafrechtlich verfolgt zu werden.
- Frauen und Mädchen machen weltweit die Hälfte aller mit HIV lebenden Menschen aus.

Gesetze und gesetzlich tolerierte Bräuche – von Genitalverstümmelungen bis hin zur Verweigerung von Besitzrechten – sorgen für gravierende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Darüber hinaus werden Frauen und Mädchen durch häusliche Gewalt auch ihrer persönlichen Fähigkeiten beraubt. Diese Faktoren beeinträchtigen ihre Fähigkeit, sich vor einer HIV-Infektion zu schützen und mit deren Folgen fertig zu werden.

- Wo Jugendliche Zugang zu sexueller Aufklärung, Risikominderungsprogrammen und umfassenden Angeboten zu den Themen Fortpflanzung und HIV-Prävention haben, sinkt die Häufigkeit von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen. Derartige Maßnahmen sind jedoch die Ausnahme. Sowohl in Industrienationen als auch in Entwicklungsländern führt die Nichtberücksichtigung der Lebensumstände junger Menschen dazu, dass HIV unter Jugendlichen einen hohen körperlichen, seelischen und sozialen Tribut fordert.
- In zahlreichen Ländern werden viele derer, die dem höchsten HIV-Risiko ausgesetzt sind (Prostituierte, Transsexuelle, schwule Männer, Drogenabhängige, Häftlinge und Migranten) durch die bestehenden Gesetze und die Realität des täglichen Lebens ihrer Menschenwürde beraubt. Anstatt Schutz zu genießen, werden diese „Schlüsselgruppen“ durch die rechtlichen Rahmenbedingungen für HIV besonders anfällig gemacht. Im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsnormen sind gleichgeschlechtliche Handlungen in 78 Ländern, insbesondere in Ländern mit einer konservativen Religionsauslegung, unter Strafe gestellt, wobei das Strafmaß von Auspeitschung bis hin zur Hinrichtung reicht. Ebenso werden Gesetze, die mit vagen und allgemeinen Formulierungen „Geschlechts-Nonkonformität“ verbieten (bzw. von Polizei oder von Gerichten so interpretiert werden), oftmals auf brutale Art und Weise durchgesetzt. Die Kriminalisierung von Prostitution, Drogenkonsum und Risikominderungsmaßnahmen schafft ein Klima, in dem zivile Gewalt und Polizeigewalt an der Tagesordnung sind und Opfer keine Möglichkeit haben, sich rechtlich zu wehren. Die Angst vor einer Verhaftung zwingt Schlüsselgruppen in die Anonymität, wo sie keinen Zugang zu HIV- und Risikominderungsprogrammen haben. Im Falle einer Inhaftierung oder einer Zwangsunterbringung sind die Häftlinge dem Risiko sexueller Übergriffe und der Gefährdung durch unsi-

chere Injektionspraktiken ausgesetzt, während Kondome Schmuggelware darstellen und Risikominderungsmaßnahmen einschließlich der Verabreichung von antiretroviralen Medikamenten verweigert werden.

- Die zunehmende Zahl an internationalen handelsrechtlichen Bestimmungen und die ausufernde Gesetzgebung zum Schutz von geistigen Eigentumsrechten verhindern die Produktion und die Bereitstellung kostengünstiger Generika. Der Schutz geistigen Eigentums soll einen Anreiz für Innovationen bieten, doch die Erfahrung hat gezeigt, dass die derzeitigen Gesetze Innovationen, die den medizinischen Bedürfnissen der Armen gerecht werden, abträglich sind. Die negativen Auswirkungen dieser rechtlichen Bestimmungen, insbesondere des TRIPS-Abkommens, haben deutlich gemacht, in welchem gravierendem Ausmaß exzessive Schutzrechte für geistiges Eigentum den Zugang zur HIV-Behandlung und anderen wichtigen Medikamenten noch weiter einschränken. Am dramatischsten ist die Situation in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, doch auch Länder mit hohem Einkommen bekommen die Problematik zu spüren. Vorschriften, die einigen Niedrig- und Mitteleinkommensländern Lockerungen und Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen gestatten, könnten die Krise entschärfen, doch der Widerstand gegen solche Regelungen ist zu groß. Einigen wenigen Ländern ist es dennoch gelungen, den geringen Spielraum, den die internationale Gesetzgebung bietet, zu nutzen.

**Die Kommission hat jedoch auch Anlass zu Hoffnung ausgemacht. Es gibt Beispiele, in denen Rechts- und Justizsysteme durch die Achtung, den Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte einen konstruktiven Beitrag zum Kampf gegen HIV geleistet haben. Manch einem mag dies als Paradox<sup>1</sup> erscheinen – als Aids-Paradox. Doch es gibt über-**

**zeugende Belege dafür, dass sich die negativen Auswirkungen von HIV damit reduzieren lassen.**

- Wenn die Polizei mit Sozialarbeitern zusammenarbeitet, lässt sich der Gebrauch von Kondomen steigern und die Zahl der HIV-Infektionen unter Prostituierten senken. Wenn Regierungen für Risikominderung werben und beispielsweise Programme zur Verteilung von sauberen Nadeln oder hygienische Drogenkonsumräume anbieten, lassen sich die HIV-Infektionsraten unter Drogenkonsumenten erheblich reduzieren.
- Eine effiziente Rechtshilfe kann Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für Menschen mit HIV verwirklichen und auf diese Weise die Gesundheitsergebnisse verbessern. Anwälte können traditionelles Recht kreative und fortschrittlich anwenden, um sich für die Rechte und die Gesundheit von Frauen einzusetzen. Faire und pragmatische gerichtliche Entscheidungen und gesetzgeberische Initiativen können einem Land helfen, den Wahn falsch verstandener Kriminalisierung abzuschütteln, geschlechtersensible Gesetze zur Ahndung sexueller Übergriffe einzuführen und die sexuelle Autonomie junger Menschen anzuerkennen.
- Trotz internationalem Druck, die Interessen des Handels über die öffentliche Gesundheit zu stellen, nutzen einige Regierungen und zivilgesellschaftliche Gruppen die bestehenden Rechtsvorschriften, um den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten zu gewährleisten, während sie gleichzeitig Ausschau nach neuen Anreizen für medizinische Forschung und Entwicklung halten.

Diese Erfolge können – und müssen – ausgeweitet werden. Hierzu sind jedoch finanzielle Mittel und der entsprechende Wille erforderlich. Geldgeber, deren finanzielles Engagement nachgelassen hat, müssen sich aufrufen und sich wieder stärker engagieren, damit die jüngsten Fortschritte in den Bereichen Forschung und Prävention denen zugute kommen, die darauf angewiesen sind. Die Staatengemeinschaft muss internationale Menschenrechte und nationale gesetzliche Verpflichtungen einhalten. Gesetze, die das Wohlergehen der Menschen nicht fördern und den Gegebenheiten unserer Zeit nicht entsprechen, müssen wir abschaffen und durch entsprechende andere Gesetze ersetzen. Dies ist Voraussetzung für eine Welt der Gerechtigkeit und der Würde, in der Menschenrechte und das menschliche Leben respektiert werden.

---

<sup>1</sup> Dem ehemaligen australischen Richter Michael Kirby zufolge lässt sich das Aids-Paradox wie folgt umschreiben: „Es ist ein Paradox, dass einer der wirksamsten gesetzgeberischen Ansätze zur Eindämmung von HIV darin besteht, HIV-Infizierte und die Menschen um sie herum vor Diskriminierung zu schützen. Ein Paradox deshalb, weil Gesetze in den Augen der Gesellschaft die Nicht-Infizierten vor den Infizierten schützen sollen. Doch zumindest in dieser Phase der Epidemie muss auch der Schutz der Infizierten gewährleistet werden, um die grundlegenden Menschenrechte zu wahren. Wenn dieses Argument jedoch nicht überzeugt, dann müssen wir zum Wohle der gesamten Gesellschaft so handeln, denn die gesamte Gesellschaft hat ein gemeinsames Interesse an der Eindämmung der Ausbreitung von HIV.“

**Um eine wirksame, nachhaltige Bekämpfung von HIV unter Wahrung der Menschenrechte sicherzustellen, fordert die Kommission alle Regierungen, Zivilgesellschaften und internationalen Vereinigungen auf,**

- jegliche Diskriminierung von und Gewalt gegen diejenigen, die HIV-gefährdet sind, mit HIV leben oder als HIV-positiv angesehen werden, zu ächten und sicherzustellen, dass die bestehenden Menschenrechtsverpflichtungen und verfassungsrechtlichen Garantien umgesetzt werden;
- strafende Gesetze abzuschaffen und neue Gesetze zu erlassen, die eine wirksame HIV-Prävention sowie eine effiziente Versorgung und Behandlung aller Betroffenen fördern und ermöglichen, und keine kontraproduktiven Gesetze zu erlassen, die die HIV-Übertragung oder-Exposition oder die Nichtoffenlegung des HIV-Status ausdrücklich unter Strafe stellen;
- mit gewohnheitsrechtlichen und religionsrechtlichen Instanzen zusammenzuarbeiten, um Traditionen und religiöse Praktiken zu fördern, die das Recht auf Vielfalt und die Akzeptanz von Vielfalt gewährleisten und die Privatsphäre schützen;
- private und einvernehmliche sexuelle Verhaltensweisen unter Erwachsenen einschließlich gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen und freiwilliger Sexarbeit zu entkriminalisieren;
- sexuelle Gewalt einschließlich Vergewaltigung in der Ehe und Vergewaltigung im Zusammenhang mit einer Konfliktsituation strafrechtlich zu verfolgen – unabhängig davon, ob sie gegen Frauen, Männer oder Transsexuelle begangen wird;
- alle Vorschriften abzuschaffen, die eine Registrierungspflicht für HIV-Infizierte, eine Verpflichtung zur Vornahme von HIV-Tests oder eine Zwangsbehandlung von HIV-positiven Menschen vorsehen, den Zugang zu Hilfsangeboten im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit zu gewährleisten und Zwangsabtreibungen und -sterilisierungen bei HIV-positiven Frauen und Mädchen ein Ende zu bereiten;
- die bestehenden Ansätze zur Bekämpfung des Drogenkonsums zu reformieren und Menschen, die Drogen konsumieren, ohne anderen zu schaden, nicht zu bestrafen, sondern ihnen Zugang zu effizienten HIV- und Gesundheitsdienstleistungen einschließlich Risikominderungsprogrammen und einer

freiwilligen, wissenschaftlich basierten Drogentherapie zu bieten;

- Gesetze gegen jede Form des sexuellen Missbrauchs von Kindern und der sexuellen Ausbeutung durchzusetzen und ein derartiges strafbares Verhalten deutlich von einvernehmlicher Sexarbeit unter Erwachsenen abzugrenzen;
- sicherzustellen, dass Gesetze gegen Menschenhandel zielgerichtet durchgesetzt werden, um diejenigen zu bestrafen, die Menschen mit Gewalt, Unaufrichtigkeit oder Zwang zu käuflichem Sex bewegen oder Wanderprostituierte durch Schuldknechtschaft, Gewalt oder Freiheitsberaubung ausbeuten. Gesetze gegen Menschenhandel müssen genutzt werden, um sexuelle Ausbeutung zu unterbinden, nicht jedoch, um Erwachsene zu bestrafen, die einvernehmlich in Sexarbeit involviert sind;
- Migranten, Besuchern und ausländischen Einwohnern in Bezug auf HIV und Recht dasselbe Maß an Schutz zu bieten wie Inländern. Beschränkungen, die HIV-Infizierte an der Einreise in ein Land hindern, und/oder Bestimmungen, die HIV-Tests für in einem Land lebende Ausländer vorsehen, müssen abgeschafft werden;
- rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die mit HIV und Aids lebenden bzw. davon betroffenen Kindern sozialen Schutz bieten. Die entsprechenden Gesetze müssen Vormundschafts-, Besitz- und Erbschaftsrechte schützen und den Zugang zu einem altersgerechten, umfassenden Angebot rund um die Themen sexuelle Aufklärung, Gesundheit und Fortpflanzung gewährleisten;
- wirksame Regelungen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte im Bereich der pharmazeutischen Produkte zu schaffen. Solche Regelungen müssen mit internationalen Menschenrechten und den Belangen der öffentlichen Gesundheit in Einklang stehen und gleichzeitig die berechtigten Interessen von Erfindern schützen.

**Die Kommission fordert eindringlich dazu auf, die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen HIV neu zu beleben und zu verstärken.** Sie appelliert an Geldgeber, an die Zivilgesellschaft und an die Vereinten Nationen, alle Regierungen zur Einhaltung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen zu mahnen. Von regierungsexternen Gruppen fordert sie, geeignete humane Richtlinien und Praktiken im Kampf gegen HIV zu entwickeln und umzusetzen und Maßnahmen zu finanzieren, die auf die Überarbeitung und Durchsetzung von Gesetzen und

einen uneingeschränkten Zugang zur Justiz hinwirken. Teil dieser Bemühungen muss es sein, Menschen über ihre Rechte und die bestehenden Gesetze aufzuklären, Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt zu ergreifen und der in vielen Familien, gesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen vorherrschenden Stigmatisierung und Diskriminierung zu begegnen, durch die

eine weltweite Epidemie, die schon lange beendet sein sollte, weiter angeheizt wird.

### **Der vollständige Bericht der Kommission**

steht unter [www.hivlawcommission.org](http://www.hivlawcommission.org) zum Download zur Verfügung.

### **Großzügige finanzielle Unterstützung wurde gewährt von**

dem American Jewish World Service (AJWS), der Australian Agency for International Development (AusAID), der Ford Foundation, Health Canada – International Affairs, der Norwegian Agency for Development Cooperation (NORAD), dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, den Open Society Foundations, der Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA), dem UNDP, dem UNFPA, UNICEF und dem UNAIDS-Sekretariat.

Die in dieser Publikation wiedergegebenen Inhalte, Analysen, Meinungen und politischen Empfehlungen spiegeln nicht in jedem Fall die Ansichten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen wider.

### **Weitere Informationen**

sind unter [info@hivlawcommission.org](mailto:info@hivlawcommission.org) oder [www.hivlawcommission.org](http://www.hivlawcommission.org) erhältlich.

Darüber hinaus ist die Kommission auch auf Facebook unter [www.facebook.com/HIVLawCommission](http://www.facebook.com/HIVLawCommission) und auf Twitter unter [www.twitter.com/HIVLawCom](http://www.twitter.com/HIVLawCom) vertreten.

Secretariat, Global Commission on HIV and the LAW  
UNDP, HIV/AIDS Group, Bureau for Development Policy,  
304 East 45th Street, New York, NY 10017  
Tel: (212) 906 6590  
Fax: (212) 906 5023

Copyright © UNDP 2012

Grafik Cover: frank peters - Fotolia.com

Übersetzung ins Deutsche: ZIS Fachübersetzungen/www.fachuebersetzungsagentur.com